

# Der preisgünstige Wohnraum soll in die Ustermer Gemeindeordnung

**Uster** Die Stadt muss sich in Zukunft aktiv für preisgünstigen Wohnraum einsetzen, wenn es nach dem Parlament geht. Doch Wohnen ist nicht das einzige Thema, das für Gesprächsstoff sorgte.



Die Verdichtung in puncto Bevölkerung und Infrastruktur beschäftigte am Montagabend in vielerlei Hinsicht. Foto: PD

## Marie Fredericq

Wohnraum ist knapp – und die Wohnungen, die es gibt, sind für viele kaum zu bezahlen. Preisgünstiger Wohnraum beschäftigt deshalb nicht nur das Parlament in Uster, sondern auch die Bevölkerung.

Nachdem im Richtplan preisgünstiger Wohnraum hätte verankert werden können, wurde dagegen das Referendum ergriffen – womit eine Verbindlichkeit im Richtplan hinfällig werden könnte.

## Keine fixen 20 Prozent

Nun kam aber eine Einzelinitiative auf den Tisch des Ustermer Gemeinderats, die bereits vor der Richtplandebatte verbindliche 20 Prozent preisgünstigen Wohnraum für Uster forderte – bei Neu- oder Ersatzbauten.

Die Initiative, die unter anderem von der Präsidentin des Seniorenrats Uster, Heidi Longgerich, unterzeichnet wurde, traf einen Nerv. So war die Gemeinderatssitzung ungewöhnlich stark besucht.

Nicht nur der Gemeinderat, sondern auch die Zuschauer-

stühle waren beinahe voll besetzt. Man war sich im Parlament grösstenteils einig, dass preisgünstiger Wohnraum oder zumindest genügend Wohnraum durchaus ein relevantes Traktandum der Stadt ist.

Dennoch gab es Einwände gegen die Initiative, vor allem aus dem bürgerlichen Lager. So referierte beispielsweise Simon Vlk (FDP) für die FDP/Mitte-Fraktion, dass die Wohnungsknappheit durchaus gesehen werde, in der Gemeindeordnung aber weitere Regulationen zu verankern, sei der falsche Weg.

## Bürger haben letztes Wort

Letztlich wurde die Einzelinitiative zwar abgelehnt, der von der Kommission öffentliche Dienste und Soziales vorgeschlagene und geänderte Gegenvorschlag des Stadtrats jedoch mit 18 zu 16 Stimmen angenommen. Dieser sieht keine genaue Ziffer vor, die Stadt will sich aber «in Zukunft aktiv für den Schutz, die Erhaltung und die Erhöhung des Anteils an preisgünstigen und gemeinnützigen Wohnungen und Gewerberäumen einsetzen».

Zumindest, wenn dem auch das Volk zustimmt – denn über Änderungen der Gemeindeordnung entscheiden letztlich die Stimmbürger.

Mitinitiantin Heidi Longgerich ist derweil gespaltenen Meinung: «Wir sind natürlich froh, dass die Initiative für gültig erklärt worden ist, und wir sind auch sehr zufrieden mit dem angenommenen Gegenvorschlag.»

Dennoch hätte sie sich mehr Verständnis gewünscht: «Kosten und Regulationen hin und her – aber es geht letztlich um unsere Ustermerinnen und Ustermer, die sich das Wohnen hier nicht mehr leisten können, wenn es so weitergeht.»

## Kein ergänzender Gehweg

Auch die Dringlichkeit eines ergänzenden Gehwegs zur geplanten Unterführung Winterthurerstrasse gab reichlich Gesprächsstoff. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind sich einig über das Anliegen – oder vor allem dessen Massstäbe.

Es waren nämlich nicht nur die Kommission für Planung und Bau sowie die Rechnungsprüfungskommission gegen das

Vorhaben der Stadt, sondern auch Mitglieder des Parlaments. Gegen einen ergänzenden Gehweg sprechen gemäss den Referenten nicht nur die Kosten, sondern vor allem die Notwendigkeit zum aktuellen Zeitpunkt, zumal es in unmittelbarer Nähe einen Fussgängerstreifen gibt.

«Aus Sicht der GLP/EVP ist das Vorhaben überdimensioniert», sagte Ursula Räuftlin (GLP) in der Fraktionserklärung.

Da brachte auch die zukunftsgerichtete Argumentation von Stadtrat Stefan Feldmann (SP) betreffend des wachsenden Quartiers Ackerstrasse nicht den nötigen Gegenwind. Das Angebot der SBB für den ergänzenden Gehweg zur Unterführung, mit einem Preisschild von 700 000 Franken, wurde letztlich mit 23 zu 10 Stimmen abgelehnt.

## «Krasse Diffamierung»

Für eine heikle Diskussion sorgte an diesem Montagabend das Postulat von Balthasar Thalman (SP) betreffend Halteplätzen für Fahrende. Es brauche mehr solche Halteplätze für Minderheiten, die einen fahrenden Lebensstil verfolgen – konkret Sinti,

«Wir sind sehr zufrieden mit dem angenommenen Gegenvorschlag.»

Heidi Longgerich  
Mitinitiantin

## Weitere Geschäfte

Die Kreditabrechnung zum Quartier- und Gestaltungsplanverfahren Eschenbühl sorgte für Gesprächsstoff, aber nicht wegen der fälschlichen 35 Rappen, sondern weil grundsätzlich infrage gestellt wurde, wie mit dem Eschenbühl umgegangen wurde respektive wird. «Haben wir denn nun ein Wohnraumproblem oder nicht?», fragte Gianluca Di Modica (FDP). Eschenbühl hätte Wohnraum für rund 2100 Menschen bieten können, wie er sagt. Letztlich wurde die Weisung und damit die Abrechnung mit 28 zu 7 Stimmen angenommen. Das Postulat von Mitgliedern der GLP, welches Transparenz bei denkmalpflegerischen Entscheidungen fordert, wurde mit 35 Stimmen einstimmig an den Stadtrat überwiesen. (mar)

## Alle bisherigen Gemeinderäte treten nochmals an

**Bubikon** Die Gemeinde hat die provisorischen Wahlvorschläge für die Erneuerungswahlen im kommenden Jahr veröffentlicht.

Alle bisherigen Gemeinderäte treten nochmals an: Das sind Gemeindepräsident Hans-Christian Angele (FDP), Susanne Berchtold (FDP), Seraina Billeter (SVP), Reto Frey (GLP), Martin Kurt (FDP) und Severin Länzlinger (FBV). Für die sechs Sitze gibt es aber einen siebten Herausforderer. Silas Muggli von der Juso will ebenfalls einen Sitz in der Exekutive.

Anders sieht es bei der Schulpflege aus, die von sieben auf fünf Sitze verkleinert wird. Es treten im Moment fünf Kandidierende an. Mit Präsidentin Heidi Marty (FBV), Arnaldo Di Sandro (FDP), Monika Gaeta (FDP) und Yvonne Kägi (FBV) sind vier Bisherige darunter. Raffael Colombo (parteilos) stellt sich ebenfalls zur Wahl.

Mehr Rochaden wird es bei der Rechnungsprüfungskommission geben. Nur noch zwei Bisherige wollen in der Behörde bleiben. Aktuell gibt es sechs Kandidierende für fünf Sitze.

Von den Bisherigen treten Martina Schmid (FDP) und Emanuel Armbruster (Die Mitte) an. Letzterer strebt auch als einziger Kandidat das Präsidium der Behörde an. Neu zur Wahl stellen sich Michael Böni (FBV), Björn Fröhlich (SVP), Lukas Gmünder (Die Mitte) und Nico Traber (FDP).

Die Wahlvorschläge sind noch nicht definitiv. Bis nächsten Dienstag können sich Kandidierende zurückziehen oder sich neu zur Wahl stellen. (bes)

## Queer und Kirche – wie passt das zusammen?

**Wetzikon** Am Donnerstag, 20. November, ist um 20 Uhr der bekannte Theologe und Podcaster Thorsten Dietz in der reformierten Kirche Wetzikon zu Gast. In seinem Vortrag «Queer und Kirche» beleuchtet er die Geschichte der Ausgrenzung queerer Menschen in der Kirche und zeigt auf, wie sich christlicher Glaube mit Vielfalt, Inklusion und Versöhnung verbinden lässt.

Thorsten Dietz gehört mit seinen Podcasts «Karte und Gebiet – Ethik zum Selberdenken», «Das Wort und das Fleisch. Ein Atlas der Christenheit» und «Geist.Zeit» zu den profiliertesten Stimmen der evangelischen Theologie im deutschsprachigen Raum.

Der Abend ist Teil der Themenreihe «Rassismus und Diskriminierung» der Reformierten Kirchengemeinde Wetzikon.

Nach dem Referat sind alle zum Apéro eingeladen. Der Eintritt ist frei. (zo)

ANZEIGE

**riposa FESTIVAL** Schlaf gut, Rücken gut. **NEU**

**MATRATZEN FESTIVAL** JETZT FESTIVAL PREISE!

**möbel märki** "... das märki mir!"

Volketswil | Pfäffikon SZ

SIOF | Schweizer Institut für Qualitätszertifikate  
TESTSIEGER BESTES MÖBELHAUS  
SCHWEIZER QUALITÄT